

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz**

7. Sitzung  
4. Mai 2022

Beginn: 09.05 Uhr  
Schluss: 12.50 Uhr  
Vorsitz: Christian Wolf (FDP)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023  
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0010](#)  
DiDat  
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 25  
(auf Drucksache 19/0200-Anlage) sowie die  
IKT-Titel aller Einzelpläne (vgl. Rote Nr. 0200A)**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenInnDS  
– V B 1 – vom 17.04.2022

[0010-01](#)  
DiDat

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1.  
Lesung des Ausschusses für Digitalisierung und  
Datenschutz**

Haushaltsberatung 2022/2023 – Ausschuss DiDat  
Einzelplan 25 sowie die IKT-Titel aller Einzelpläne

**Vorsitzender Christian Wolf** verweist auf die vorliegenden Dokumente: Einzelplan 25, die IKT-Titel aller Einzelpläne, die Sammelvorlage des Senats mit den beschlossenen Berichtsaufträgen vom 19. April 2022, den Berichtsauftrag 101 des Abgeordnetenhaus vom 27. April 2022, die Änderungsanträge der Fraktionen vom 28. und 29. April 2022. Die Synopse – siehe Anlage zum Beschlussprotokoll – mit den beschlossenen Berichtsaufträgen und Änderungsanträgen liege als Tischvorlage vor und könne auf der Webseite des Abgeordnetenhaus unter den Vorgängen öffentlich eingesehen werden.

Die zweite Lesung beginne mit einer Generalaussprache der Fraktionen, gefolgt von einer Einzelberatung der in der Synopse aufgeführten Kapitel und Titel samt Abstimmung über die Änderungsanträge. Am Ende erfolge eine Schlussabstimmung über den Einzelplan 25.

Es würden nur Titel aufgerufen, die in der ersten Lesung zurückgestellt worden seien, einschließlich jener, zu denen Berichtsaufträge und Änderungsanträge vorlägen. Es könnten grundsätzlich noch Änderungsanträge gestellt werden. Neue Änderungsanträge seien schriftlich einzureichen, ein Formular liege als Tischvorlage vor. Bei mehreren Änderungsanträgen zu einem Titel werde aufsteigend nach Stärke der Fraktion vorgegangen.

**Tobias Schulze** (LINKE) begrüßt, die Synopse seitenweise aufzurufen.

**Vorsitzender Christian Wolf** hält dies fest.

### **Generalaussprache**

**Jan Lehmann** (SPD) lobt, der Haushalt sei gelungen, und die Bedeutung der Digitalisierung, auch mit der CDO-Stelle, sei bemerkbar. Corona habe die Verwaltung zur schnellen Reaktionen gezwungen, es sei gut gelungen, und Berlin könne daraus lernen. Mobile Arbeit sei in den Verwaltungen nachgefragt gewesen. Er begrüße, dass die Open-Data-Informationsstelle gestärkt werde, denn Open Data müsse immer mitgedacht werden. Der Bericht zur KI zeige, dass die Berliner Verwaltungen und Behörden Innovationspotenzial hätten, und hier werde sich viel entwickeln.

Er hoffe, Windows 11 werden das letzte Windows-Upgrade sein. Open-Source-Software solle sich durchsetzen. Er hoffe, das Kompetenzzentrum Open Source des ITDZ sei hier auch aktiv.

Die Haushaltslage werde in den kommenden Jahren nicht gut sein, aber er begrüße, dass bei Digitalisierung nicht so gespart werde wie in vielen anderen Bereichen. Seine Hoffnung sei, dass Berlin beispielhaft vorangehe.

**Dr. Matthias Kollatz** (SPD) weist darauf hin, die interne Situation der IT werde häufiger kritisch beurteilt als die externe, weil es beim Thema Standardisierung einen Rückstand gebe. Standardisierung sei ein Thema der Bezirke. Auf Landesebene sei es dadurch gekennzeichnet, dass der Bund, gestützt auf die Vereinbarung beim Länderfinanzausgleich, viele zentrale Änderungen durchführe.

Manche Gesetze seien im Rückblick blauäugig, zum Beispiel unrealistische Deadlines der digitalen Akte im EGovG. Die Anfechtung von Ausschreibungsverfahren könne Zeitpläne obsolet machen. Langsame Fortschritte müssten zumindest in die richtige Richtung gehen.

Das Thema andere Arbeitsformen in der Verwaltung müsse ein Schwerpunkt sein und gehöre in die Generalausprache, weil es sich bloß nicht in einzelnen Titeln ausdrücke. Der Senat müsse dies in den nächsten zwei Jahren weiterentwickeln.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) entgegnet, seine Fraktion freue sich über das EGovG und halte es nicht für blauäugig. In den sechs Jahren seit Inkrafttreten sei nicht alles optimal gelaufen, aber das Gesetz sei nicht Teil des Problems.

Der Haushalt biete eine gute Grundlage, um in den nächsten fünf Jahren substanziell voranzukommen, auch im Gleichklang mit anderen Bundesländern und dem Bund, die ähnliche Hürden hätten. Koalitionsvertrag und Senatsentwurf führten in die richtige Richtung. Es gebe enorme Aufwüchse im Einzelplan 25 und in Digitalisierungstiteln. Die Herausforderung sei, das Geld den Planungen tatsächlich auszugeben. Die Zahlen an sich seien in Ordnung.

Seine Fraktion wolle den alten Auflagenbeschluss auf Richtigkeit und Form überprüfen, damit er die richtigen Berichte und das richtige Berichtswesen für den Ausschuss schaffe und damit der Senat bei der Umsetzung und beim Monitoring weiterschreiten könne. Für Nachsteuerung sei dies ebenfalls relevant. Berlin müsse in den nächsten fünf Jahren große Fortschritte erzielen. Der Bund dränge bei dem Thema mit der Diskussion zum OZG-Booster ebenfalls. Berlin werde mit dem Haushalt auch im Bund seinen Beitrag leisten. Er danke für die Berichte und die prägnante, verständliche Sprache.

**Christopher Förster** (CDU) teilt die Meinung, das EGovG, an dem die CDU maßgeblich mitgearbeitet habe, sei sinnvoll. Das Problem liege in der Umsetzung und bei Zuständigkeiten. Er freue sich über die Stelle des CDO, hoffe auf klare Führung und Kommunikation und, dass sich der Senat Großprojekten wie der digitalen Akte stellen werde. Priorität sei eine funktionierende Verwaltung. Open Data sei aus Sicht der CDU-Fraktion nicht die Priorität des Haushaltes. Die CDU-Fraktion bedanke sich bei SenInnDS für die sehr guten Antworten auf die Anfragen. In anderen Ausschüssen gebe es ein anderes Niveau.

Der Schwerpunkt der CDU-Fraktion sei die Stärkung des ITDZ, welches ein Innovationsgeld für kurzfristige Projekte erhalten solle. Die App während der Flüchtlingskrise sei ein gutes Beispiel für schnelle, gute Entwicklung.

Es sei gut, bei Auszubildenden und Studierenden beim Thema Personalgewinnung neue Wege zu gehen, aber auch Quereinsteiger müssten Chancen der Anstellung bekommen. Es solle zudem möglich sein, die Befristung der Fachkräftezulage nicht auf zehn Jahre zu begrenzen, sondern auf die Zeit der Beschäftigung.

Die Koalition habe keine Änderungsanträge gestellt. Er hoffe, dass dies dementsprechend für die Beratung im Hauptausschuss gelte.

**Tobias Schulze** (LINKE) dankt, dass verständliche Berichte geliefert worden seien. Sie trügen dazu bei, das Verständnis des Status quo zu verbessern. Die Berichte seien öffentlich zugänglich, und er werde sie weiter verbreiten.

Die Koalition habe keinen Änderungsbedarf gesehen, weil Einzelplan 25 zielgenau aufgestellt sei und für auskömmliche Finanzierung Sorge. Es sei gut, dass aus den nicht ausgegebenen Mitteln geschlossen worden sei, das Beschleunigungsprogramm umzusetzen, statt weniger Mittel vorzusehen. Das EGovG sei ambitioniert gewesen, aber auch die SPD-Fraktion habe klare Jahreszahlen gewünscht. Termine seien in der Umsetzung verfehlt worden, aber hätten den Druck hochgehalten. Das Gesetz werde auch zukünftig weiter angepasst werden.

128 Bürgerdienstleistungen seien digital erreichbar, weitere 102 seien in der Umsetzung. Berlins flache Strukturen seien gegenüber der Struktur von Flächenländern ein Vorteil bei der vollständigen Digitalisierung von Leistungen. Die Nutzungszahlen der angebotenen Dienste seien ausbaufähig. Die Service-App müsse zudem kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Open Source sei eine Frage von Sicherheit und Funktionalität. Wenn Microsoft Office nur in der Cloud angeboten werde, müsse die Verwaltung Open-Source-Alternativen finden, um digital souveräner zu werden. Im Koalitionsvertrag sei das Kompetenzzentrum Open Source vorgesehen und die Umstellung für die Verwaltung festgehalten. Das ITDZ mache sich laut Berichten Gedanken dazu. Da sich auch russische Cyberattacken zuspitzen würden, sei ein Fokus auf Sicherheitsstrukturen notwendig.

Free Wifi Berlin sei in der öffentlich-privaten Partnerschaft Ende des Jahres ausgelaufen, und es müsse nun neu aufgestellt werden. Mittlerweile sei der Stand, dass dies besonders in öffentlichen Einrichtungen genutzt werde, nicht im Tourismus.

Die Pandemie habe eine Ad-hoc-Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, insbesondere beim mobilen Arbeiten, ermöglicht. Die Netzanbindung sei schwieriger gewesen als Ausstattung mit Arbeitsgeräten, aber auch da sei der Weg gut. Videokonferenzsysteme und der Widerspruch von Funktionalität und Datenschutz würden weiterhin eine Rolle spielen. Die öffentliche Verwaltung müsse zudem mit guten Arbeitsplätzen Menschen anwerben. Der Hauptpersonalrat habe eine Kompetenzstelle für Digitalisierung, die sich auch damit beschäftige. Bei Gelegenheit könne er nochmals in den Ausschuss eingeladen werden.

**Marc Vallendar** (AfD) äußert, er danke dem Senat und den Mitarbeitern für die Berichterstattung. Seine Fraktion schließe sich dem Lob zur Qualität an. In den Ressorts werde mit hoher Kompetenz an den Digitalisierungs- und Kommunikationstechnikthemen gearbeitet. Der vorliegende Haushaltsentwurf sei im Wesentlichen gut geplant. Seine Fraktion habe ein Interesse daran, die Effizienz der Verwaltung langfristig zu steigern, sodass sie das Digitali-

sierungsvorhaben unterstützten. Seine Fraktion habe Änderungsanträge zu grundsätzlichen Problemen.

Bei den interdisziplinären Prozessen bestünden Steuerungsprobleme, zum Beispiel beim Thema Migrationsreadiness: Systembetreuung solle verstärkt vom ITDZ übernommen werden, auch auf Bezirksebene, sodass die Netzwerkinfrastrukturen einheitlichen Qualitätsansprüchen genügen müssten. Ein wesentlicher Baustein sei dabei auch Gebäudereadiness. Bei den unmittelbar dem Senat zugehörigen Behörden seien Erfolge erzielt worden, aber laut Sammelvorlage, Berichtsauftrag 24, sei nur in fünf Bezirken die Gebäude- und Migrationsreadiness größtenteils abgeschlossen. Es entstehe zudem eine Ungleichheit, wenn die Herstellung der gebäudeseitigen Anforderungen allein auf die Bezirke delegiert werde. Auf die Umsetzung einzelner Teilaufgaben werde dem Anschein nach nicht genug geachtet, denn das Gesamtprojekt sei dafür nicht weit genug fortgeschritten. Auch bei der Datenverkabelung der Schulen habe SenBJF in der letzten Legislaturperiode auf die Bezirke verwiesen, statt zentral zu koordinieren. In etlichen Schulen seien Klassenräume nicht durch Datenverkabelung erschlossen, WLAN stehe allenfalls improvisiert zur Verfügung, und eine Verzahnung mit anderen Hochbauarbeiten erfolge nicht. In anderen Gebietskörperschaften gebe es seit mehr als 20 Jahren durchgängige strukturierte Datenverkabelung an allen städtischen Schulen.

Es sei mühsam gewesen, zum Fortschritt der Datenverkabelungsvorhaben in den Schulen selbst grobe Übersichten zu Planungsarbeiten oder Umsetzungen zu erhalten. Schulen nahe Senatsverwaltungen seien überwiegend zügig versorgt worden. Probleme seien oft Koordinierungsdefizite in interdisziplinären oder föderalistischen Situationen, für die die Haushaltsberatungen nicht das richtige Format seien.

Handlungsbedarf gebe es auch in der Notfall- und Katastrophenschutzvorsorge. Stromausfälle würden wahrscheinlicher werden, weil Energiearmut aufgrund des Konfliktes in der Ukraine und der Energiewende bestehen werde. Die Antworten zum Thema zeigten, dass die Resilienz nicht durch einfache Aufstockung einiger Haushaltstitel besserbar sei. Seine Fraktion überlege, dazu einen Antrag im Plenum zu stellen.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) äußert, er danke den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung.

Seine Fraktion wolle eine digitale, schnelle Verwaltung als Dienstleister für die Menschen Berlins. Berlin stehe deutschlandweit nicht schlecht da, aber im internationalen Vergleich gebe es weiterhin massiven Nachholbedarf.

Seine Fraktion sei irritiert, dass Einzelplan 25 im Vergleich zur letzten Legislaturperiode geringer ausgestattet sei, obwohl Digitalisierung auch ein Schwerpunkt sei. Mittelabfluss sei einzelplanübergreifend ein Problem, Ziele sollten aber dennoch ambitioniert sein. Auch beim OZG müsse Berlin ambitionierter sein, und Cybersicherheit sei ebenfalls noch nicht ausreichend priorisiert, vor allem in den Bezirken. Zudem müsse die Migration zum ITDZ stärker priorisiert und um Verständnis dafür geworben werden. Berlin dürfe sich nicht von Geschehnissen wie der Pandemie abhängig machen, sondern müsse aktiv daran arbeiten.

**Vorsitzender Christian Wolf** hält fest, dass die Generalaussprache damit erledigt sei. Es folge die Behandlung der Synopse.

## **Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments**

### **Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung**

#### **seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 2, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie ist der Stand der geplanten Zusammenführung der Digitalisierungsstrategie / SmartCity? Wie werden die jeweiligen Beteiligungsformate zusammengeführt? In welchen Titeln ist das ganze veranschlagt?

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) will wissen, ob der Zeitplan der finalen organisatorischen Umsetzung der Smart-City- und Digitalstrategie im zweiten Quartal 2022 eingehalten werden könne. Könne zudem beim Beteiligungsprozess des Smart-City-Projekts noch in diesem Jahr etwas vorgewiesen werden?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) fragt, ob dazu am 22. Juni 2022 berichtet werden könne, oder ob es nach der Sommerpause realistischer sei.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) berichtet, der Zeitplan der organisatorischen Neuaufstellung und Zusammenführung der unterschiedlichen Digitalstrukturen werde aktuell eingehalten und zeitgleich mit den Haushaltsberatungen abgeschlossen sein. SenInnDS wolle die Zusammenführung der Strategie und die Nachschärfung einer neuen Digitalstrategie bis zum Jahresende umsetzen und parallel dazu die Pilotprojekte weiter voranzutreiben. Er könne dazu voraussichtlich nach der Sommerpause berichten.

#### **seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 7, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie ist der Stand der Umsetzung der Open-Data-RV? Bitte um einer Übersicht der Verankerung der Open-Data-Beauftragten in den Senatsverwaltungen (bitte Übersicht mit jeweiligen Stellenanteilen (VZÄ) darstellen)

**Stefan Ziller** (GRÜNE) erinnert daran, dass Open-Data-Beauftragte in der Rechtsverordnung vorgeschrieben seien. Warum hätten SenSBW und SenKultEuropa diese Position noch nicht?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) erklärt, die Kolleginnen und Kollegen seien gebeten worden, ihm Ansprechpartnerinnen für die Stabsstellen für Digitalisierung mitzuteilen. Bei Open Data stehe dies noch aus, sodass dazu noch keine Antwort vorliege.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) schlägt vor, den Hinweis weiterzugeben. Er könne SenSBW im Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal dies in zwei Wochen fragen.

**Sebastian Askar** (SenWiEnBe) fügt hinzu, SenKultEuropa sei pandemiebedingt durch Kulturhilfen belastet gewesen, sodass es 2022 nachgeholt werden solle.

### **titelübergreifend**

#### **Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

##### Lfd. Nr. 10, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie ist der Zeitplan für den angekündigten Wechsel von Windows 10 auf Windows 11 in der Berliner Verwaltungen, bitte aufschlüsseln (auch für Bezirke)?

Welche Fachverfahren sind bisher NICHT für Windows 11 tauglich und in welchen Titel ist Vorsorge für Weiterentwicklung bzw. Ablösung getroffen?

**Tobias Schulze** (LINKE) erinnert, der Wechsel auf Windows 10 habe gezeigt, dass ein Upgrade ein komplexer Vorgang sei. Bis wann müsse vor dem Hintergrund von Support durch Microsoft auf Windows 11 umgestellt werden?

**Christian Peters** (SenInnDS) klärt, Windows 10 werde noch bis 2024 mit Sicherheitsupdates versorgt. Mit dem finalen Haushalt Mitte des Jahres würden die Planungen auf einen Umstieg beginnen. Sie könnten voraussichtlich Anfang 2023 abgeschlossen sein. Die Grundsatzentscheidung für Windows 11 im Kontext von Open-Source-Alternativen stehe aber noch aus.

### **seitenübergreifend**

##### Lfd. Nr. 9, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchen Verwaltungen bestehen Dienstvereinbarungen zu mobilem Arbeiten?

Wie viel mobile Arbeitsplätze stehen jeweils zur Verfügung (bitte um Darstellung zur Gesamtzahl der Arbeitsplätze sowie zur Zahl der Arbeitsplätze die für mobiles Arbeiten geeignet sind).

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, 25 000 von 34 000 Beschäftigten, deren Arbeit mobil stattfinden könne, hätten mobile Endgeräte. Sei es geplant, diese Lücke zu schließen?

Auch der Berlin-PC sei inzwischen standardmäßig mobil. Wann würden mobile Endgeräte Berlin-PC sein? Gebe es ein Upgradeprogramm?

Bei Windows laufe es seiner Erfahrung nach bei knappen Umstellung auf Nachlizenzierungen hinaus. Ein Problem sei, dass die Fachverwaltungen für Fachverfahren zuständig seien und es in der IKT-Steuerung keine Übersicht gebe. Mit der Berichtspflicht sei das EGovG nachge-

bessert worden. Würden die Fachverwaltungen zeitnah darauf hingewiesen, dass sie sich mit Windows-11-Kompatibilität von Fachverfahren beschäftigen müssten?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) betont, die Absicht sei, die Lücke zu schließen. Die Strategie sei ein Endgerät, den Berlin PC, für alle.

**Christian Peters** (SenInnDS) führt aus, die letzte Änderung des EGovG zu Berichtspflichten werde von SenInnDS mit konkreten Organisationsmaßnahmen und Gewinnung von Personal umgesetzt. Die Ressourcen und Fähigkeiten sollten bis Ende des Jahres vorhanden sein. Die Fachverfahrensverantwortlichen würden bereits angewiesen, sich mit der Windows-11-Kompatibilität ihrer Fachverfahren auseinanderzusetzen. Die Verantwortung liege aber am Ende bei den Ressorts. Die Erfahrungen vom Wechsel auf Windows 10 habe zu einem Erfahrungsgewinn geführt. Neuere, den Richtlinien der IKT-Architektur folgenden Fachverfahren seien ohnehin weniger vom Endgerätebetriebssystem abhängig.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) fragt, ob die fehlenden Endgeräte noch 2022 verfügbar sein würden.

**Christian Peters** (SenInnDS) erinnert daran, dass das Notprogramm der Pandemiesonderfinanzierung ausgelaufen sei. Behörden sollten Ausstattungsänderungen wieder aus normalen Haushaltsanmeldungen vornehmen. SenInnDS könne nicht sagen, ob alle Behörden darauf abzielten, mit Ihrer Haushaltsanmeldung Ende 2022 voll ausgestattet zu sein. Es sei denkbar, dass das nicht der Fall sein werde, da nicht alle mobiltauglichen Arbeitsplätze mobil verwendet würden. Zudem seien nicht alle Fachverfahren für den mobilen Einsatz freigegeben.

#### **seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 11, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie weit ist die neue (digitale) IT-Bestands- und Planungsübersicht? Welches Fertigstellungsdatum ist avisiert? Wenn möglich gerne die aktuelle Übersicht vorlegen.

in Verbindung mit

#### **seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 13, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Das ITDZ Berlin muss zum Rollout des BerlinPC und zur Neu- und Weiterentwicklung der IKT-Basisdienste Erstinvestitionen tätigen. Wie werden diese Erstinvestitionen finanziert und wo sind sie im Haushalt veranschlagt? Wie wird sichergestellt, dass das Eigentum an den Erstinvestitionen beim ITDZ Berlin verbleibt.

Wie werden die Ersatzinvestitionen beim ITDZ abgesichert?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) kündigt an, er werde Folge- oder Umsetzungsberichte für den Unterausschuss Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung sowie Bezirke und Personal einreichen.



### seitenübergreifend

#### Lfd. Nr. 14, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wie viele IKT-Arbeitsplätze werden in der unmittelbaren Landesverwaltung einschließlich der Sonderbehörden und Organisationen in besonderer Rechtsform (Eigenbetriebe, Betriebe nach § 26 LHO und nicht rechtsfähigen Anstalten) betrieben und in welchem Verhältnis steht Ihre Zahl jeweils zur Zahl der Stellen in den Behörden und Organisationen? Bitte für die Senatsverwaltungen, nachgeordneten Behörden und Organisationen sowie Bezirksämter einzeln auflisten, Finanzämter, Justizvollzugsanstalten, Kita-Eigenbetriebe, Schulen sowie Gerichte und Staatsanwaltschaften können zusammengefasst werden.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) erkundigt sich, ob ungenutzte Geräte herumstünden.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) stellt in Aussicht, dies nach der Sommerpause zu beantworten. Es sei nicht auszuschließen.

### seitenübergreifend

#### Lfd. Nr. 16, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

In welchen Bereichen wird bereits in welchem Umfang welche Open-Source Software eingesetzt? Welche Entwicklungsmöglichkeiten sind insbesondere in den Bereichen Server, Desktop-OS und Office-Anwendungen erkennbar oder geplant?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) äußert, Office-Ablösung sei eine spannende Strategie. Gebe es in diesem Jahr einen sinnvollen Zeitpunkt, um sich das Thema im Ausschuss anzuschauen?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) kündigt an, der IT-Planungsrat werde sich sicher damit beschäftigen, und er könne den Zeitpunkt weitergeben, sobald er ihn kenne.

### seitenübergreifend

#### Lfd. Nr. 21, Fraktion der CDU

Erbitten einen Bericht/Auflistung über aufgrund der Corona-Pandemie nicht erfolgten Ausgaben oder durchgeführte Projekte in den jeweiligen Senatsverwaltungen.

**Christopher Förster** (CDU) hebt hervor, die Minderausgaben seien laut Bericht überwiegend zur Deckung von Mehrbedarfen herangezogen worden. Müssten nicht alle verwendet werden? Was bedeute „überwiegend“?

Auf Seite 67 werde für Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Politisch-Administrativer Bereich und Service - unter Titel 54003 – Geschäftspro-

zessoptimierung für 2021 „~120.000 €“ angegeben. Sei die Tilde bewusst gesetzt worden? An anderen Stellen tauche keine auf.

Auf Seite 68 seien bei Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung unter Titel 51164 – IKT-Basisdienste für Infrastruktur und IKT-Arbeitsplatz zum Sachverhalt „1. Berlineinheitlicher Verzeichnisdienst“ 2021 1,8 Mio. Euro Minderausgaben angegeben. Bei Kapitel 2552 – Der Polizeipräsident in Berlin unter Titel 81265 – Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur seien zum Sachverhalt „Einführung Voice over IP“ 2020 3 Mio. Euro und 2021 2,3 Mio. Euro Minderausgaben angegeben. Beim gleichen Kapitel unter Titel 81284 – Erneuerung und Erweiterung der multifunktionalen Arbeitsplätze seien zum Sachverhalt „PC Zubehör, Desktops, Notebooks + Dockingstation“ 2021 2 Mio. Euro Minderausgaben angegeben. Wie komme es zustande, dass so viel nicht ausgegeben worden sei?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) fügt hinzu, ihn interessiere, was hinter dem Sachverhalt „Einführung Voice over IP“ stecke.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) betont, der „1. Berlineinheitliche Verzeichnisdienst“ sei eine wichtige infrastrukturelle Voraussetzung für die Digitalisierung, und die Aufwendungen seien gerechtfertigt.

**Christopher Förster** (CDU) wendet ein, er verstehe, dass es wichtig sei, aber warum seien 1,8 Mio. Euro nicht ausgegeben worden?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) antwortet, pandemiebedingt hätten bestimmte Dinge nicht umgesetzt werden können: Es seien 2020 rund 5,3 Mio. Euro und 2021 rund 11,8 Mio. Euro Minderausgaben angefallen, die weit überwiegend zu Deckung von Mehrbedarf herangezogen worden seien.

**Christian Peters** (SenInnDS) fügt hinzu, an anderer Stelle seien etliche Ressourcen für pandemiebedingte Maßnahmen gebunden gewesen. Trotz Prioritätensetzung hätten bestimmte Dinge deshalb nicht in der geplanten Menge mit Geld belegt werden können. Zum betroffenen Verzeichnisdienst habe mit dem ITDZ eine Voruntersuchung stattgefunden, aber für mehr habe die Zeit der Beteiligten 2021 nicht gereicht. 2022 seien deshalb hohe Summen für den Aufbau angemeldet worden. Viele Basisdienstfunktionen hingen davon ab, aber auch solche wichtigen Themen hätten verschoben werden müssen.

**Jan-Hinrich Ehmer** (Polizei Berlin) legt dar, bei Kapitel 2552 – Der Polizeipräsident in Berlin unter Titel 81265 – Modernisierung der Kommunikationsinfrastruktur beim Sachverhalt „Einführung Voice over IP“ zur Ablösung drahtgebundener Telefonie handele es sich mit über 15 Mio. Euro um das größte IT-Projekt der Polizei Berlin. Der Gesamtbedarf habe sich pandemiebedingt um einige Jahre nach hinten verschoben.

Die Minderausgaben beim gleichen Kapitel unter Titel 81284 – Erneuerung und Erweiterung der multifunktionalen Arbeitsplätze seien zum Sachverhalt „PC Zubehör, Desktops, Notebooks + Dockingstation“ seien ausgelöste Bestellungen für Hardware gewesen, die nicht lieferbar gewesen seien.

### **seitenübergreifend**

#### Lfd. Nr. 22, Fraktion der CDU

Erbitten eine Auflistung der durch die Corona-Pandemie notwendigen Maßnahmen und Ausgaben, für Anschaffung und Betrieb von Software, Apps, etc.?

**Christopher Förster** (CDU) wendet ein, der Berichtsauftrag sei in der Sammelvorlage falsch widergegeben.

Bei Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung unter Titel 51161 – IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fachverfahrensorientierten Online-Prozessen zum Sachverhalt „IKT-Basisdienst Digitaler Antrag“ sei ein sehr deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Habe das etwas mit der Coronapandemie zu tun, oder seien es Dinge, die ohnehin angestanden hätten?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) bestätigt, es sei coronaspezifisch erfolgt.

### **seitenübergreifend**

#### Lfd. Nr. 19, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Bis zu welchem Termin ist die Ausnahmegenehmigung gemäß § 24 (4) EGovG Bln für die Gerichtsstandorte bzw. die Standorte der Staatsanwaltschaft Berlin befristet.

Ist beabsichtigt, die Ausnahmegenehmigung gemäß § 24 (4) EGovG Bln für die allgemeinbildenden, beruflichen und zentral verwalteten Schulen über den 31.12.2021 zu verlängern?

Ist beabsichtigt, den Kultureinrichtungen in besonderer Rechtsform (Deutsches Theater, Konzerthaus Berlin, Maxim-Gorki-Theater, Theater an der Parkaue und Volksbühne) Ausnahmegenehmigungen gemäß § 24 (4) EGovG Bln zu erteilen, falls nein, warum nicht?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, dass es laut Antwort nach EGovG weder für Bildung noch Kultur eine Ausnahme gebe. Das deute an, alle verhielten sich konform nach EGovG und IKT-Architektur. Eine Neubeantragung sei somit nicht sinnvoll, wenn alles problemlos laufe. Sei es demnach so, dass die Zeiten von Ausnahmen in Schulen vorbei seien?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) erklärt, es gebe mit SenBJF ein gemeinsames Zielbild, das die Konformität der IT-Architektur zum Gegenstand habe. Weiterhin gebe es keine Ausnahmeanträge. Dass es gänzlich problemlos sei, könne er nicht sagen.

**Maßnahmengruppe 32**  
oder

**Kapitel 2507 – Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz**

**seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 20, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Hat die designierte zentrale IT-Fachverfahrensverantwortliche für die Parkraumüberwachung, das IT-Fachverfahren zur IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla) angemeldet, damit Haushaltsmittel überhaupt dem Grunde nach veranschlagt werden dürfen? Sind die Geschäftsprozesse optimiert und dokumentiert? Liegt eine Planungsunterlage inkl. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vor, damit das IT-Fachverfahren der Höhe nach veranschlagt werden darf? Liegt dieser Planung die IKT-Strategie des Landes Berlin und die Nutzung der IKT-Basisdienste zu Grunde?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, dass die Intention der Frage gewesen sei, mehr über die Verfahren für die digitale Erfassung mit Scan-Cars zu erfahren. Wie werde die IKT-Architektur-Konformität dieses Verfahrens sichergestellt?

**Sebastian Butschkau** (SenUMVK) stellt klar, SenUMVK sei für die Parkraumbewirtschaftung zuständig – dies betreffe das Verfahren FIS –, dessen Unterscheidung von der Parkraumüberwachung eine Schwierigkeit sei. Parkraumüberwachung betreffe SenInnDS.

**Kirsten Dreher** (LABO) äußert, es sei zu Verzögerungen gekommen, auch weil immer die gleichen Personen für bestimmte Themen zuständig seien.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) legt dar, er habe der Zeitung entnommen, Scan-Cars sollten das Ordnungsamt ersetzen, um zu kontrollieren, wer parkt und wer ein Ticket habe. Bezirke hätten für IT-Fachverfahren keine Zuständigkeit. Liege die Zuständigkeit beim LABO? Wie IKT-Architektur-konform sei dies? Wer sei verfahrensverantwortlich?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) sagt zu, dass ein Bericht geliefert werde.

**Vorsitzender Christian Wolf** hält den Berichtswunsch fest.

**seitenübergreifend**

Lfd. Nr. 23, Fraktion der CDU

Bericht über Maßnahmen, Anschaffung von Software und Hardware für das Mobile Arbeiten in der Berliner Verwaltung

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, es sei von Lizenzen für Webex die Rede, das aus Datenschutzperspektive auslaufen solle. Gleichzeitig gebe es eine Ausschreibung für einen zweiten Videokonferenzbasisdienst. Sei in diesem Jahr das Ende der Nutzung von Webex geplant?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) klärt auf, es sei das Ziel, in diesem Jahr die Nutzung von Webex zu beenden. Ab 1. Mai 2022 werde datenschutzkonform BigBlueButton als Interimslösung eingesetzt. Eine langfristige Lösung zu finden, dauere noch. Wenn die Funktion der oder des BlnBDI besetzt werde, müsse er das Thema mit dieser Person intensiv besprechen. Er selbst wünsche sich mehr Flexibilität als aktuell.

### **seitenübergreifend**

#### Lfd. Nr. 29, Fraktion der FDP

Bitte um Angabe für Gesamtausgaben für Microsoft Lizenzen, sowie Angabe der absoluten Anzahl der Lizenzen. Anschließend die Anzahl von Lizenzen pro Verwaltung, Bezirk und nachgelagerten Behörden inklusive Kosten tabellarisch aufschlüsseln und zwischen genutzte und ungenutzte Lizenzen differenzieren.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) fragt, ob das Ziel ein Lizenzmanagement sei, um über alle Verwaltungen hinweg die Anzahl der Microsoft-Lizenzen in Erfahrung zu bringen. Sei dies erst mit der Migration weg von der aktuellen dezentralen Organisation möglich? Dies sei auch vor dem Hintergrund interessant, wie viel Geld für andere Software bereitstehen könne, das alternativ für Entwicklung und Support von Open-Source-Produkten eingesetzt werden könne.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) regt an, es könnten Synergieeffekte genutzt werden, wenn Verwaltungseinheiten gebündelt mit Microsoft verhandelt. Auch überschüssige Lizenzen einer Einheit mit anderen Einheiten zu teilen, könne zu Einsparungen führen. Wann könne der Ausschuss mit einer detaillierteren Übersicht rechnen?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) betont, mit der Migration komme ein einheitliches Lizenzmanagement. Die genannten Punkte führten zu einem fiskalisch positiven Effekt.

**Christian Peters** (SenInnDS) bedauert, einen konkreten Termin gebe es noch nicht. Der private Auftragnehmer habe auch Probleme, konkrete Aussagen zu erhalten. Die Verwaltungen seien aber bereits jetzt aufgefordert, sich bei wichtigen Produkte wie Betriebssystemen und Office dem Enterprise-Agreement des ITDZ anzuschließen.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) macht darauf aufmerksam, Microsoft-Lizenzen seien Teil von Fachverfahren. Zahlten einzelne Fachverwaltungen dadurch zusätzliche, nicht benötigte Lizenzen?

**Christian Peters** (SenInnDS) erinnert, die Steuerung der IKT-Fachverfahren sei Aufgabe der Ressorts. Im ITDZ werde Mehrfachnutzung von Infrastruktur ermöglicht soweit fachlich oder rechtlich nicht ausgeschlossen. Das Risiko zusätzlicher Lizenzen sei minimal, aber nicht ausgeschlossen. Bei Fachanwendungen mit Schnittstellen zu Microsoft Office würden in der Rechenzentrumsumgebung nicht erneut Lizenzen gebraucht, wenn Arbeitsplätze bereits ausgestattet seien.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) regt an, es möge eine Zielsetzung für eine Auflistung vereinbart werden.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) äußert, die erste Sitzung nach der Sommerpause käme SenInnDS entgegen. Berlin versuche, verantwortungsbewusst mit Steuergeldern für Lizenzen umzugehen. Bei Nachnutzungen im Kontext des OZG würden die neuen Formen der Zusammenarbeit bei der Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen erhebliche Probleme aufwerfen. Es gebe einen Konflikt zwischen wirtschaftlichen Interessen, Lizenzen zu verkaufen, und nur benötigte Lizenzen zu kaufen, um Steuern zu sparen. Im IT-Planungsrat und im Kreis der Länder sei ausgetauscht worden, sich mit dem Thema intensiver zu beschäftigen.

**Vorsitzender Christian Wolf** erinnert daran, dass der 22. Juni 2022 die letzte Sitzung vor der Sommerpause und der 7. September 2022 die erste Sitzung nach der Sommerpause sei.

### **Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung**

#### **titelübergreifend**

##### Lfd. Nr. 30, Fraktion der CDU

Mitnehmen/Motivation der Verwaltungsmitarbeiter:

1. Welche Maßnahmen (z.B. Werbekampagnen o.ä.) sind für die Gewinnung von zusätzlichen und dringend benötigten IT-Mitarbeitern geplant?
2. Mit welchen Maßnahmen wird bei den Verwaltungsleitungen und bei den Beschäftigten für die Umsetzung des EGovG Bln geworben?
3. Wie viele Mittel sind für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter der Verwaltung vorgesehen?
4. Wie entwickelt sich die Rekrutierung/Ausbildung/Weiterbildung von technischem IT-Personal in der Verwaltung?

**Christopher Förster** (CDU) begrüßt, es sei ein positives Beispiel von Personalgewinnung und Kreativität. Ihm fehle aber die Anwerbung von Quereinsteigern. Werde das praktiziert?

Es gebe zudem eine außerordentliche Fachkräftezulage auf Beschluss der Mitgliederversammlung der TdL von monatlich 1 000 Euro. Sei es möglich, die zeitliche Begrenzung aufzuheben, um konkurrenzfähig zu sein?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) versichert, er überlege zusammen mit Staatssekretärin Borkamp von SenFin, welchen Nachsteuerungsbedarf es gebe.

**Matthias Pahlitzsch** (SenFin) erläutert, die Zulagenregelung sei bis 31. Dezember 2023 befristet. Es müsse eine Verlängerung angegangen werden. Ein Quereinstieg sei jederzeit über normale Einstiege möglich, zusätzliche Werbung erfolge nicht. Bei der Anerkennung von Berufszeiten würden Erfahrungszeiten angerechnet.

[Lüftungspause von 10.58 Uhr bis 11.18 Uhr]

### **Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**

#### Lfd. Nr. 33, Fraktion der FDP

Bitte konkrete Benennung der externen und internen Projekte sowie die gestiegenen Anforderungen an Informationsflüssen.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) fragt, ob das Ziel, digitale Leistungen bekannter zu machen, nur auf Berlinerinnen und Berliner abziele, oder ob es auch mit dem Stadtmarketing als Standortvorteil weiterentwickelt werden könne.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) berichtet, das letzte Monitoring im IT-Planungsrat habe ergeben, dass das Interesse an digitalen Angeboten in Berlin größer sei als in anderen Teilen Deutschlands. Die Internetpräsenz werde derzeit attraktiver gemacht. Auch Marketingmöglichkeiten werde man nutzen.

### **Titel 54053 – Veranstaltungen**

#### Lfd. Nr. 34, Fraktion der FDP

Bitte Kosten-Nutzen-Analyse der vorangegangenen sog. Hackathons für digitale Bürgerservices und Verwaltungsdienstleistungen als Grundlage.

#### Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der FDP

Ansatz 2022	– 100 000 Euro
Ansatz 2023	– 100 000 Euro

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abzulehnen.

## **Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung**

### **Maßnahmengruppe 31**

sowie

### **Kapitel 2534 – Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf**

### **Maßnahmengruppe 31**

Lfd. Nr. 35, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Erfahrungen sind bei den bisherigen Migrationsprojekten (BA CharWilm, Skzl Abt. WissForsch, LAF) bisher gesammelt worden?

Welchen Plan gibt es für die weiteren Migrationsprojekte?

Gibt es eine Übersicht über den Sachstand, die A) Behörde (Senatsverwaltungen, Bezirk und nachgeordnete Behörde), B) Bausteine der Migration (bspw. BELA zum Gebäude, Verkabelung im Gebäude (LAN), WLAN im Gebäude, Telefonie, Arbeitsplätze (mit BerlinPC), Druckservice) sowie C) Status (bspw. Migration abgeschlossen; Migrationsready; Migration in 202x oder Migration in 202x; Komplexes Vorprojekt nötig, dafür hat XXX den Hut auf) darstellt? Wenn ja bitte als Bericht vorlegen. Wenn nein, bitte darstellen, welches Berichtswesen existiert bzw. geplant ist.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) will wissen, wie die genannten Herausforderungen vonseiten der Verwaltung als auch die von Herrn Böttcher am 9. März 2022 in der 4. Ausschusssitzung angesprochenen Herausforderungen angegangen werden könnten.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) versichert, die Herausforderungen würden bereits angegangen. Sie existierten, aber seien unter Migrations-/Zentralisierungs-/Konsolidierungsprojekten keine Besonderheit. In den Richtlinien zur Regierungspolitik und im Koalitionsvertrag sei vorgegeben, die Migration zu beschleunigen und das ITDZ weiterzuentwickeln. Er bespreche mit den Kolleginnen und Kollegen den Migrationsprozess konkret und schildere die Aufgaben und Rollen der Beteiligten, um für die politische Verantwortung zu sensibilisieren und Vorbehalte abzubauen. Aus fiskalischen, technologischen, sicherheitspolitischen Gründen gebe es dazu keine Alternative.

Auf Bundesebene habe er aus der Perspektive des Behördenleiters auch Überzeugungsarbeit für die Migration leisten müssen, und so erwarte er das auch von seinen Kolleginnen und Kollegen, und er habe den Eindruck, dass es so sein werde. Eine Führungsaufgabe sei es zu gewährleisten, dass die von der Migration Betroffenen zusammenfänden. Die Migration werde verbindlicher werden, auch durch Senatsbeschlüsse.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) erklärt, es sei ein Missverständnis, dass das ITDZ im Abgeordnetenhaus keinen guten Ruf habe. Meist sei es ein fehlgeleitetes Kostenargument. Bei der Beschaffung von Arbeitsplatz-PCs müsse verinnerlicht werden, dass planbare Kosten für den Haushalt sinnvoller seien als schwer planbare Aktionsware. Die sei nicht gerechtfertigt, weil sonst Geld in eine Rücklage geführt werden müsste, um später eine Wiederbeschaffung zu machen. Durch die Zentralisierung im ITDZ müssten zudem nicht in jedem Bezirk Geräte ausgewählt



werden. Manche Fachbereiche glaubten, ohne ITDZ noch etwas Geld zu sparen, ohne das Prinzip verstanden zu haben. Es müsse besser kommuniziert werden.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) bestätigt, er teile die Einschätzung. Zudem sei es manchmal ein Problem, dass ungern Kompetenzen abgegeben würden.

Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, ein neues Finanzierungsmodell für das ITDZ zu realisieren. Alle Überschüsse des ITDZ würden von SenFin abgeschöpft. Sinnvoller sei es, Überschüsse einzusetzen und Rücklagen zu bilden.

**Sebastian Butschkau** (SenUMVK) äußert, es handele sich um ein Missverständnis des Begriffs „Priorität“. Im Projekt E-Akte stehe an erster Stelle die Einführung der Software.

## **Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung**

### **Titel 51112 – Migrationsreadiness**

#### Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 16 443 100 Euro
Ansatz 2023	+ 14 440 100 Euro

#### Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der FDP

Ansatz 2022	– 16 443 100 Euro
Ansatz 2023	– 14 440 100 Euro

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) erklärt, aufzustocken sei notwendig, um Gebäudereadiness in den Bezirken zu erreichen. Es sei zudem Teil des Anliegens, den Einzelplan im Volumen auf die Höhe zu bringen, die angedacht worden sei. Die Verringerung der Globalsumme sei beim Schwerpunktthema Digitalisierung nicht sinnvoll.

**Marc Vallendar** (AfD) entgegnet, die Sachmittel hälften an der Stelle nicht, da mangelnde Fortschritte auf die Projektsteuerung zurückzuführen seien. Die Sachmittel für Gebäudereadiness müssten zudem in den jeweiligen Einzelhaushalten der verantwortlichen Bezirke eingestellt werden. Seine Fraktion könne dem Änderungsantrag nicht zustimmen.

**Tobias Schulze** (LINKE) stimmt zu, dass Geld nicht das Problem bei der Migration sei, sondern, die notwendigen Bestandteile zusammenzuführen. Zudem sei die Gegenfinanzierung nicht sinnvoll, da es darum gehe, Geld auszugeben, und nicht darum, Reste liegen zu lassen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Änderungsanträge Nr. 2 und Nr. 6 der Fraktion der FDP abzulehnen.

#### Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der CDU

Ansatz 2022	± 0 Euro
Ansatz 2023	± 0 Euro

**Christopher Förster** (CDU) fordert, der Senat möge dem Abgeordnetenhaus halbjährlich einen Bericht über die Verwendung der Mittel und den Projektfortschritt zu liefern.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

### **Titel 51113 – Anschluss an das Berliner Landesnetz**

Lfd. Nr. 37 a, Fraktion der CDU

Bitte Übersicht der Maßnahmen und deren Umsetzungsstand

Frage Sicherheit vor Zugriff Dritter. Technische Standards.

**Christopher Förster** (CDU) erläutert, die Intention der Frage sei gewesen, eine Maßnahmenübersicht oder einen Überblick zum Umsetzungsstand allgemein zu erhalten: Stand der Umsetzung, Planungen der nächsten Jahre, Kosten definieren.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) sagt zu, ein schriftlicher Bericht werde zur ersten Sitzung nach der Sommerpause nachgeliefert.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) regt an, dass eine einheitliche Tabelle erstellt werde, die fortgeschrieben werden und über die Jahre hinweg besser verglichen werden könne.

### **Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

Lfd. Nr. 39 a, Fraktion der CDU

Nr. 4: Migrationsprogramm

Bitte Stand Maßnahmen und Umsetzung

**Christopher Förster** (CDU) hebt hervor, in der aufgelistete Tabelle nach dem Grad der Zielerreichung bei Programm migration sei 2020 im Modul Telefonie das Ergebnis 0 Prozent. Warum habe es keine Ergebniszahlen? Sei dies pandemiebedingt?

**Christian Peters** (SenInnDS) legt dar, es habe mit Fragen der Priorisierung, der Geschwindigkeit der Umsetzungsmöglichkeiten zu tun. Im Bereich Telefonie habe es technische Schwierigkeiten gegeben. Die Telefonapparate, die Anlagen und die Anbindung an die zentrale Technik habe 2020 nicht in der nötigen Qualität und Geschwindigkeit passieren können. Mit Bezug auf Gebäudereadiness seien auch nicht alle Endgeräte an Voice over IP anschließbar. Unzureichende Sicherheit oder Bandbreite bei Netzwerken sei hier ein Faktor.

**Christopher Förster** (CDU) merkt an, im Bericht sei ersichtlich, dass nicht alle Bezirksämter und Senatsverwaltungen als Migrationsbehörden aufgeführt seien. Wann folgten diese?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) räumt ein, die aktuelle Situation sei noch nicht ausreichend verbindlich. Alle Senatsverwaltungen würden in ein verbindliches Programm aufgenommen werden. Dann schlossen sich die Bezirke an. Bis Mitte 2022 wolle er eine Senatsbefassung vorschlagen, im dritten Quartal solle ein verbindlicher Plan feststehen.

## **Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

### Änderungsantrag Nr. 4, AfD-Fraktion

Ansatz 2022 – 140 000 Euro  
Ansatz 2023 – 160 000 Euro

Wir beantragen die Kürzung von TA 5 für die Sachmittel der Überwachungsstelle Barrierefreiheit.

#### a) Begründung

Im Einsatz befindliche IKT-Fachverfahren werden regelmäßig durch die Lieferanten der Fachverfahrenssoftware betreut und müssen turnusmäßig gepflegt werden. Die Herstellung von Barrierefreiheit sollte zukünftig verpflichtend bereits durch die Softwarelieferanten erfolgen. Das reduziert dann den zentralen Überwachungsaufwand, woraus sich dann auch ein geringerer Sachmittelbedarf bei der Überwachungsstelle Barrierefreiheit ergeben sollte.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der AfD abzulehnen.

## **Titel 51161 – IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in fachverfahrensorientierten Online-Prozessen**

### Lfd. Nr. 40 a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Welche Planungen liegen den Ansätzen für das Service-Konto-Berlin zu Grunde?

Welche Planungen gibt es für die Basisdienst LowCode sowie Kollaboration und Wissensmanagement? Warum sind diese nicht veranschlagt?

Welche Planungen gibt es die Fachnetzwerke und den IT-Dienst OfficeNet / SON als Basisdienst zu verstetigen?

Welche Möglichkeiten bietet die Veranschlagung für Innovationen in der laufenden Haushaltsperiode?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) fragt, ob in dem Titel das benötigte Geld zur Verfügung stehe, um das Service-Konto so zu upgraden, dass es benutzt werde, oder um es an das Nutzerkonto Bund anzuschließen. Wann seien die Planungen zum Austausch fortgeschritten genug?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) erklärt, dass Berlin sich dem Nutzerkonto Bund anschließen wolle.

**Frank Brockmann** (SenInnDS) äußert, SenInnDS gehe von einer Migration des von Data-Port betriebenen Service-Kontos zum Nutzerkonto Bund aus. Die Mittel reichten nach aktueller Einschätzung aus, um dieses zu finanzieren. Über Konkreteres könne in den nächsten Monaten berichtet werden.

## **Titel 51162 – IKT-Basisdienste für Verwaltungszugänge zum elektronischen, telefonischen und persönlichen Verwaltungskontakt**

### Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der FDP

Ansatz 2022 – 300 000 Euro

Ansatz 2023 ± 0 Euro

a) Begründung

Gegenfinanzierung zur laufenden Nr. 5.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abzulehnen.

## **Titel 51163 – Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte)**

### Lfd. Nr. 42 a, Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion Die Linke

Wo ist die Anbindung der Fachverfahren an die E-Akte wo dies geplant ist, im Haushalt gesichert? Wie weit sind die ToDos der Behörden zur Vorbereitung (Aktenplan, GPM, etc.) bereits realisiert bzw. Im Haushalt gesichert? (bitte um Antwort aller Senatsverwaltungen für ihre jeweiligen Fachverfahren)?

**Stefan Ziller** (GRÜNE) äußert, es werde beschrieben, die Nutzung der E-Akte obliege den jeweiligen Verfahrensverantwortlichen. Wie verbindlich sei sie vor diesem Hintergrund?

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) merkt an, die digitale Akte solle bis 31. Dezember 2024 flächendeckend eingeführt werden, aber begründungsbedürftige Ausnahmen seien möglich. Die Einführung der digitalen Akte sei jedoch eine politische Verpflichtung, die alle eingegangen seien, die den Koalitionsvertrag unterzeichnet hätten. SenInnDS implementiere aktuell eine neue Version der digitalen Akte.

**Vorsitzender Christian Wolf** erinnert daran, dass der Ausschuss bis 14 Uhr tage. Es zeichne sich ab, dass die Zeit nicht ausreiche.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) entgegnet, der Ausschuss solle sich die benötigte Zeit nehmen.

**Christopher Förster** (CDU) erinnert daran, er habe die zeitliche Beschränkung der Haushaltsberatung kritisiert. Wie werde verfahren, wenn 14 Uhr sei?

**Vorsitzender Christian Wolf** äußert, der Ausschuss könne entscheiden zu überziehen.

**Marc Vallendar** (AfD) erwidert, er müsse um 14 Uhr in den Rechtsausschuss.

**Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) bestätigt, der Rechtsausschuss tage um 14 Uhr, die Koalitionsvorbesprechung dazu sei um 13 Uhr. Falls nötig, müsse eine Sondersitzung stattfinden.

## **Titel 51163 – Dienstleistungen für die landesweite elektronische Aktenführung (E-Akte)**

### Lfd. Nr. 42 c, Fraktion der FDP

Wie viele Senatsverwaltungen nutzen die E-Akte mittlerweile und in welchem Umfang (vollständig /eingeschränkt)? Wie ist die weitere Entwicklung, welcher Zeitplan liegt dem zugrunde und wie setzen sich die Kosten zusammen.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) fragt, ob es eine Prioritätenliste gebe und welche Behörden 2022 und 2023 angebunden würden. Seien manche Behörden mit Ausnahmen zurückgestellt?

**Christopher Förster** (CDU) erkundigt sich, worum es sich bei den 30 Vorbereitungsprojekten handele. Er erbitte einen Sachstandsbericht und Zieldaten.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) merkt an, eine Auflistung der Vorbereitungsprojekte könne er nachliefern. Er berichte auch gerne ausführlicher im Ausschuss.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) merkt an, in Bericht 58 schreibe SenUMVK, die Anbindung an die E-Akte stehe nicht an vorderster Priorität. Beim nächsten Haushalt sei es möglicherweise zu spät, um sie bis 2024 einzuführen. Was seien die Gründe?

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) fragt, ob am Ende die jeweiligen Fachverfahren die Grundlage bildeten, ob die Einführung verschoben werde, oder ob es eine Ressortfrage sei.

**Sebastian Butschkau** (SenUMVK) erläutert, an erster Stelle stehe im Projekt E-Akte die Einführung der Software, was ein großes Projekt sei. Ohne Anbindung der Fachverfahren könne die E-Akte nicht verwendet werden, sodass bei SenUMVK die Priorität darauf liege, die Fachverfahren anzubinden. Auch mit dem ITDZ müsse geklärt werden, dass Fachverfahren über die Schnittstelle kommunizieren könnten.

### Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der FDP

Ansatz 2022     ± 0 Euro  
Ansatz 2023     ± 0 Euro

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) erläutert, die Mittel für 2023 sollten gesperrt werden, wenn der Senat die Anbindung von 15 Behörden an den IKT Basisdienst nicht erreiche, weil sich die FDP-Fraktion mehr Druck wünsche, um die Fristen sicherzustellen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abzulehnen.

### Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der CDU

Ansatz 2022     ± 0 Euro  
Ansatz 2023     ± 0 Euro

**Christopher Förster** (CDU) äußert, das Thema sei wichtig, sodass die CDU-Fraktion fordere, das Abgeordnetenhaus möge halbjährlich informiert werden. Für den Fall dass der Antrag abgelehnt werde, bitte er dennoch unaufgefordert um Berichte durch den Staatssekretär.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

### **Titel 51165 – IKT-Basisdienste für Informationssicherheit**

#### Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 100 000 Euro
Ansatz 2023	+ 100 000 Euro

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) betont, Sicherheit sei eines der zentralen Themen. Um Informationssicherheit zu gewährleisten sei eine Erweiterung der Maßnahmen nötig.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abzulehnen.

### **Maßnahmengruppe 31**

#### **Titel 54803 – Pauschale Mehrausgaben für die verfahrensunabhängige IKT**

#### Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 1 000 000 Euro
Ansatz 2023	+ 1 000 000 Euro

**Christopher Förster** (CDU) begrüßt, wie sich der Staatssekretär zu Überschüssen des ITDZ äußere. Dennoch sei ein Punkt 6 unter dem Titel „Kurzfristige technische Innovationen durch das ITDZ“ wichtig. Herr Böttcher und Herr Reimann hätten im Gespräch mit ihm geäußert, sie würden sich über ein Innovationsgeld für kurzfristige technische Lösungen freuen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

### **Maßnahmengruppe 31**

#### **Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

#### Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der CDU

Ansatz 2022	+ 200 000 Euro
Ansatz 2023	+ 200 000 Euro

#### Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU

Ansatz 2022	– 1 200 000 Euro
Ansatz 2023	– 1 200 000 Euro

**Christopher Förster** (CDU) erklärt, seine Fraktion wolle mit Änderungsantrag Nr. 5 einen neuen Titel für ein ITDZ-Projekt eines Erfassungstools bei Krisenlagen einfügen. Das ITDZ habe in der Ukraine-Flüchtlingskrise auf die Schnelle ein gut funktionierendes Erfassungstool

erstellt. Mit dem vorgeschlagenen Titel habe das ITDZ die Möglichkeit, es abzurufen, wenn nötig.

Bei Änderungsantrag Nr. 4 sei eine Gegenfinanzierung aus der pauschalen Minderausgabe aufgelistet. Die Relationen seien unterhalb von 1 Prozent. Die 1 Mio. Euro seien bereits abgelehnt, aber 200 000 Euro könne man daraus entnehmen.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) weist darauf hin, das ITDZ habe sowohl beim digitalen Antragsverfahren für aus der Ukraine geflüchtete Menschen als auch bei anderen Antragsverfahren während der Coronapandemie immer den Basisdienst „Digitaler Antrag“ genutzt. Die erbrachten Leistungen seien vergütet worden.

Der **Ausschuss** beschließt, die Änderungsanträge Nr. 5 und Nr. 4 der Fraktion der CDU abzulehnen.

## **Kapitel 2533 – Bezirksamt Pankow**

### **Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT**

#### Lfd. Nr. 76, Fraktion der FDP

Bitte um Erläuterung warum das Bezirksamt Pankow vier Dienstleistungsverträge mit unterschiedlichen Firmen hält, und welche Notwendigkeit dahintersteht.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) merkt an, das BA-Pankow nehme als einziges Bezirksamt namentlich Dienstleister in Anspruch. Sei es vor dem Hintergrund, dass manche Dinge nicht nur das BA-Pankow betreffen, möglich, das zu bündeln?

**Volker Ibsen** (BA-Pankow) führt aus, das BA-Pankow betreibe eine eigene Systemumgebung, weil es noch nicht zum ITDZ migriert sei. Eine Harmonisierung sei wünschenswert aber schwer, weil die Systemumgebung in Pankow nicht Microsoft-, sondern Micro-Focus-basiert arbeite. Die Dienstleistungsverträge müssten deshalb aufrecht erhalten werden, solange nicht genügend Personal vorhanden sei, um es selbst machen zu können.

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) fragt, ob ein Zeitplan für die Migration zum ITDZ existiere.

**Volker Ibsen** (BA-Pankow) antwortet, das BA-Pankow strebe an, das vorletzte Bezirksamt zu sein, das zum ITDZ migriere; das BA-Mitte werde aufgrund seiner Struktur das letzte sein.

**Vorsitzender Christian Wolf** merkt an, er richte Herrn Ibsen aus, dass Herr Kleindiek mit ihm darüber reden wolle.

## **Kapitel 2552 – Der Polizeipräsident in Berlin**

### **Titel 81283 – IT-Sicherheit in Netzchnittstellen**

#### Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der FDP

Ansatz 2022	+ 300 000 Euro
Ansatz 2023	± 0 Euro

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) hebt hervor, zukunftsfähige Infrastruktur sei wichtig und IT-Netzchnittstellen müssten insbesondere bei der Polizei weiterentwickelt werden. 2022 solle der Ansatz angehoben werden, um zügig Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der FDP abzulehnen.

## **Kapitel 2554 – Berliner Feuerwehr**

### **Maßnahmengruppe 31**

#### **Titel 52613 – Gutachten für die verfahrensabhängige IKT**

##### Lfd. Nr. 91, Fraktion der FDP

Weshalb benötigt die Feuerwehr Berlin ein Gutachten für den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur?

**Roman-Francesco Rogat** (FDP) gibt zu bedenken, der Bericht habe die Frage nicht beantwortet, wozu genau ein Gutachten nötig sei. Was sei Gegenstand des Gutachtens?

**Benedikt Schwanitz** (Berliner Feuerwehr) teilt mit, das Gutachten betrachte die Wechselwirkung zwischen verfahrensunabhängiger IKT und Fachverfahren im Bereich IT-Sicherheit. Die Berliner Feuerwehr setze verfahrensunabhängige Systeme nach den Vorgaben des BSI ein. Relevant sei als BOS-Betrieb auch die Leitlinie zum IKT-Notfallmanagement.

**Sven Lewerenz** (SenInnDS) fügt hinzu, die Feuerwehr müsse für jeden Teil der IKT-Infrastruktur IT-Sicherheitskonzepte erstellen. Der Titel gelte der externen Unterstützung.

## **Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus**

### **Kapitel 0100 – Abgeordnetenhaus**

#### **Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

##### Änderungsantrag Nr. 3, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	± 0 Euro
Ansatz 2023	+ 65 000 Euro

**Marc Vallendar** (AfD) erläutert, der Änderungsantrag beschäftige sich damit, dass das PARDOK-System zusätzliche Funktionen erhalten solle.



**Tobias Schulze** (LINKE) teilt mit, seine Fraktion teile das Anliegen, die Open-Data-Aktivitäten des Abgeordnetenhauses weiter zu unterstützen. Dafür sei aber keine Erweiterung des Budgets notwendig, sondern die Fortsetzung der bereits aktiven Vorbereitungen. Dies müsse über den Ältestenrat und das Präsidium geschehen. Die Vorbereitungen dazu liefen.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der AfD abzulehnen.

### **Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister**

#### **Kapitel 0300 – Senatskanzlei**

##### **Titel 54614 – WLAN-Initiativen der Senatskanzlei**

###### Änderungsantrag Nr. 1, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	– 1 800 000 Euro
Ansatz 2023	– 1 800 000 Euro

**Marc Vallendar** (AfD) äußert, bei WLAN-Zugängen seien Einsparungen möglich. Die WLAN-Zugänge unmittelbar am Bereich des Roten Rathauses profitierten in erster Linie die Senatsverwaltung und die Regierungsmitglieder. Es sei nicht erforderlich und möge gestrichen werden.

**Tobias Schulze** (LINKE) erwidert, die 2,1 Mio<sup>34</sup> Euro seien nicht für das Rote Rathaus eingestellt worden. „Free WiFi Berlin“ umfasse mehr als 700 Hotspots in einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Der private Partner stehe nicht mehr zur Verfügung, sodass es neu aufgestellt werde. Das WLAN sei nicht für Regierungsmitglieder gedacht, denn das Rote Rathaus habe ohnehin ein eigenes WLAN. Es sei ein sinnvolles Projekt, über die ganze Stadt verteilt in öffentlichen Einrichtungen und an weiteren Orten freies WLAN anzubieten, gerade für Menschen ohne Mobilfunkflatrate.

**Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek** (SenInnDS) merkt an, die Zuständigkeit wechsele von der Senatskanzlei zu SenInnDS. Die Ausschreibung werde zügig vorbereitet.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der AfD abzulehnen.

### **Einzelplan 06 – Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung**

#### **Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel**

##### **Titel 54010 – Dienstleistungen**

###### Änderungsantrag Nr. 2, AfD-Fraktion

Ansatz 2022	– 6 000 Euro
Ansatz 2023	– 6 000 Euro

**Marc Vallendar** (AfD) erläutert, seine Fraktion beantrage die Streichung der Durchführung von Kursen zur Internetnutzung für Gefangene, da es sich um Allgemeinwissen handele.

**Sebastian Schlüsselburg** (LINKE) entgegnet, die Koalition werde den Antrag zurückweisen. Es sei es ein Verstoß gegen das Resozialisierungsrecht. Dazu gehöre unter Wahrung der Sicherheitsstandards im Sinne des Übergangsmangements die Nutzung des Internets, auch um rechtzeitig eine Arbeit oder eine Wohnung zu suchen. Berlin werde zudem als erstes Bundesland Zugang zum Internet in Hafträumen schaffen. Das erfolgreiche Pilotprojekt in der JVA Heidering sei von der Koalition aus SPD und CDU getragen worden.

**Marc Vallendar** (AfD) wendet ein, es gebe einen Resozialisierungsgrundsatz im Strafvollzug, aber es fehle wissenschaftlicher Nachweis, dass Digitalisierungskompetenz zu einer messbaren Resozialisierung führe. Es gebe keinen verfassungsrechtlichen Zwang.

**Dr. Petra Vandrey** (GRÜNE) wendet ein, es sei kein wissenschaftlicher Beleg nötig, dass es für die Resozialisierung von Menschen und zur Kriminalprävention wichtig sei, das Internet zu beherrschen. Durch SenJustVA und den Rechtsausschuss würden Hafträume digitalisiert, sodass auch Kenntnisse zur Verwendung vermittelt werden müssten.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der AfD abzulehnen. Er stellt die Erledigung der beschlossenen Berichtsaufträge fest, nimmt die Sammelvorlage rote Nr. 0200 zur Kenntnis und beschließt, dem Hauptausschuss die Annahme des Einzelplan 25 sowie der IKT-Titel aller Einzelpläne zu empfehlen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.